

Wie kann man für Demokratie werben?

Interview mit Sibylle Thelen, Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg



Sibylle Thelen war leitende Redakteurin bei der *Stuttgarter Zeitung*, bevor sie 2011 zur Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) wechselte. Dort übernahm sie die Leitung der Abteilung »Demokratisches Engagement« und des Fachbereichs »Gedenkstättenarbeit«, der mit der Koordination der Landesförderung der Gedenkstätten beauftragt ist. Seit 2020 hat die LpB eine Doppelspitze. Neben Lothar Frick leitet Sibylle Thelen die Institution mit ihren 125 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Co-Direktorin. In diesem Jahr feiert die Landeszentrale ihr 50-jähriges Bestehen – ein Anlass, um über deren Anfänge, damalige und heutige Zielsetzungen zu sprechen.

Frau Thelen, in den drei Wochen zwischen der Vereinbarung unseres Interviews und dem heutigen Gespräch hat sich durch den russischen Einmarsch in die Ukraine die Welt verändert. Wie kann die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) auf ein solches Ereignis reagieren?

Dieser Krieg ist zunächst eine furchtbare Erfahrung: In Europa, nur zwei Flugstunden von uns entfernt, hat sich von einem Tag auf den anderen das Leben komplett verändert. Die Anteilnahme am Leid der Menschen, die Gewalt, Zerstörung und Vertreibung ausgesetzt sind, ist groß. Es gibt aber auch ein immenses Informationsbedürfnis. Die sicher geglaubte Friedensordnung ist zerstört, Gefühle der Unsicherheit breiten sich aus. Im Sog dieser Entwicklungen sind die Zugriffe auf unser Online-Dossier zum Krieg in der Ukraine innerhalb kürzester Zeit stark angestiegen. Allein im Februar waren es seit Beginn des Angriffs 1,8 Millionen Zugriffe. Das Dossier zeichnet die aktuellen Entwicklungen nach, bietet aber vor allem auch Analysen und Hintergründe zur Entwicklung in ganz Osteuropa.

Der Krieg löst viele Fragen aus, bei Schülerinnen und Schülern, aber auch bei Lehrkräften, die sich auf der Suche nach Unterrichtsmaterialien an uns wenden: Wie lässt sich das Geschehen im Unterricht thematisieren? Wie wirkt sich ein solcher Krieg in unserer diversen Gesellschaft aus? Wie kann und muss man auf aggressive Übergriffe gegen russische Bürgerinnen und Bürger reagieren? Unsere Redaktion »Unterrichtsmedien«, die aktuelle Themen stark elementarisiert und visualisiert für Haupt-, Werkreal-, Real- und Gesamtschulen aufbereitet, hat innerhalb kürzester Zeit eine neue Ausgabe von *Mach's klar* zum Krieg in der Ukraine erarbeitet. Stark gefordert ist auch die »Servicestelle Friedensbildung«, die seit 2015 eine zentrale Beratungs-, Informations- und Kontaktstelle für alle Schulen des Landes sowie staatliche, halb- und nichtstaatliche Partner in diesem Bereich ist.

Nun waren schon die beiden zurückliegenden Jahre durch die Pandemie eine Herausforderung, Schulen praktizierten vielfach Fernunterricht, Jugendhäuser waren geschlossen. Wie erreichte man die Jugendlichen, die sich weitgehend zu Hause aufhalten mussten?

Im ersten Lockdown 2020 haben wir sehr schnell begonnen, digitale Angebote zu entwickeln. Von heute auf mor-

gen fand Schule in Gestalt von Fernunterricht statt. Auch unsere Angebote für die Schulen, etwa die »Politischen Tage«, mussten deshalb digitalisiert und in Moodle-Angebote umgewandelt werden. Zudem wurden Fortbildungen für Lehrkräfte entwickelt, die schlagartig neue Kompetenzen für die Organisation von digitalen Lernprozessen benötigten. Nach dem ersten Corona-Schock wurde viel Neues ausprobiert. Manches war auf die Zeit des Lockdowns begrenzt – etwa »Deine wöchentliche Ration Grundrechte«, ein Angebot für junge Menschen über 15 Wochen hinweg zu 15 Grundrechten, jeweils mit Experteninterviews, Podcasts, Quiz, Online-Spielen, Challenges, Erklärvideos und einem Bild der Woche. Andere digitale Angebote wurden auch im außerschulischen Bereich entwickelt, um Präsenzveranstaltungen zu ersetzen: Für die Jugendgemeinderäte, deren Aktivitäten in der Corona-Zeit vielerorts ruhten, gibt es seither Einführungsseminare im Onlineformat. Der Fachbereich »Jugend und Politik« hat zudem eine Handreichung zu digitalen Methoden der kommunalen Jugendbeteiligung erstellt. Es war aber nicht immer einfach, die jungen Menschen außerhalb der Schule auf digitalem Wege zu erreichen. Die Umfrage über »Jugend und die Auswirkungen von Corona« vom Sommer 2021 hat ergeben, dass der größte Wunsch der nach Begegnung ist, gefolgt vom Wunsch nach einer stärkeren Digitalisierung des Unterrichts. Aber auch das hat die Umfrage ergeben: Es wurde keineswegs alles als schlecht empfunden. Mehr Zeit mit der Familie verbracht zu haben, wurde durchaus positiv bewertet. Der coronabedingte Digitalisierungsschub hat uns viele neue Erfahrungen beschert. Aber wir konnten auch auf gewachsene Erfahrungen aufbauen. Eine Homepage hat die LpB bereits seit 1996 und E-Learningkurse seit Ende der 1990er-Jahre. Trotzdem lebt politische Bildung von der persönlichen Begegnung. Präsenzveranstaltungen sind für uns von zentraler Bedeutung. Vor der Pandemie hatten wir mehr als 1400 im Jahr.

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg feiert in diesem Jahr ihr 50-jähriges Bestehen.

Schauen wir doch mal kurz zurück, wie alles anfang. Wie kam es zur Gründung?

Ende Januar 1972 veröffentlichte die Landesregierung ihre »Bekanntmachung über die Errichtung einer Landeszentrale für politische Bildung« und schon im März nahm die Institution ihre Arbeit mit 19 Mitarbeitenden auf. Das war im Bundesvergleich relativ spät, doch die Gründung knüpfte an die dezentrale Vorgeschichte der politischen Bildung im deutschen Südwesten an. Sie hatte bereits wenige Jahre nach der NS-Diktatur mit der Errichtung erster Vereine in Stuttgart, Tübingen, Freiburg und Heidelberg begonnen, mit dem Ziel der Etablierung und Festigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die neugegründete LpB übernahm die vier Standorte als Außenstellen, um die Bildungsarbeit in der Region von dort aus fortzusetzen. In Stuttgart war der Hauptsitz zunächst im histori-

schen »Stiftsfruchtkasten« am Schillerplatz, in den Büroräumen der Arbeitsgemeinschaft »Der Bürger im Staat«, des zivilgesellschaftlich getragenen, staatlich finanzierten Vereins, unter dessen Fittiche die früheren Anbieter politischer Bildung in den anderen Landesteilen in den 1950er-Jahren nach und nach geschlüpft waren. Dezentralität und Vernetzung waren von Anfang an in das Selbstverständnis der LpB eingeschrieben und sind es bis heute.

Zum Selbstverständnis gehören politische Grundsätze als Basis für Debatten und didaktische Fragen. Was hat es mit dem in diesem Zusammenhang immer zitierten »Beutelsbacher Konsens« auf sich?

Nach Beutelsbach, den Teilort von Weinstadt im Remstal, hatte der damalige Direktor der LpB, Siegfried Schiele, 1976 zu einer Tagung bundesweit renommierter Fachdidaktiker eingeladen. Vorausgegangen waren Auseinandersetzungen um Lehrpläne und Schulbücher zwischen Vertretern unterschiedlicher Positionen; die einen sahen politische Bildung als ein pädagogisches Instrument zur Demokratisierung und Emanzipation der Gesellschaft, die anderen zielten stärker auf die Festigung der politischen Ordnung. Der Politikwissenschaftler Hans-Georg Wehling, seit Gründungszeiten der LpB für die Publikationen zuständig, leider im vergangenen Jahr gestorben, formulierte die Essenz der Diskussionen dann im sogenannten

52-2022

MACH'S KLAR!
Politik - einfach erklärt.

KONZIPIERT FÜR EINE UNTERRICHTSSTUNDE

Krieg in der Ukraine - Putins Angriff auf den Frieden

Sie sehen aus wie Menschen, aber es sind blutrünstige, hasserfüllte Monster...!

l**pb**
Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Bestellungen, Zusatzmaterial, Learning Apps und Videos ausschließlich unter: www.lpb-bw.de/machs-klar.html



Links: Im Januar 1951 erschien die erste Ausgabe der Zeitschrift *Der Bürger im Staat* in einer Auflage von 100.000 Exemplaren. Rechts: Das Kollegium der Landeszentrale für politische Bildung im Frühjahr 1973 bei der Amtsübergabe von Herbert Schneider (4. v. r.) an Theo Götz (6. v. r.)

»Beutelsbacher Konsens«. Dessen Grundsätze sind in drei Kernpunkten zusammengefasst: Verzicht auf Überwältigung, Herstellung von Kontroversität und Befähigung zur Teilhabe. Sie sind der normative Kern der politischen Bildung. Bis heute wird über diese Grundsätze in den regelmäßig stattfindenden »Beutelsbacher Gesprächen« debattiert, seit 1992 nicht mehr in Beutelsbach, sondern in unserem Tagungszentrum »Haus auf der Alb« oberhalb von Bad Urach, das wir seit genau 30 Jahren betreiben.

»Das Haus auf der Alb« kennen die LeserInnen der *Schwäbischen Heimat* mindestens von der Titelgeschichte in der SH 2019/2 als ein Beispiel für die funktionale Ästhetik einer vom Bauhaus inspirierten Architektur, gebaut Ende der 1920er-Jahre von dem Stuttgarter Architekten Adolf Gustav Schneck als Kaufmannserholungsheim. Dass der Bauherr des Hauses, Georg Goldstein und seine Frau, in Auschwitz von den Nationalsozialisten ermordet wurden (ein Stolperstein und eine nach Goldstein benannte Schule in Bad Urach erinnern an ihn), führt uns zum Thema Gedenkstättenarbeit der LpB ...

Begonnen hat die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte, die ein zentrales Merkmal einer liberalen Demokratie ist, in den 1970er-Jahren unter dem Schlagwort »Grabe, wo du stehst«. Es war eine aus der Zivilgesellschaft entstandene Bewegung, weitgehend ehrenamtlich getragen, die in den 1980ern zur Gründung erster Gedenkstätten führte. Als 1995/96 eine Förderung durch das Land anging, gab es 17 Gedenkstätten, heute sind es weit über 80 in ganz Baden-Württemberg. Wir unterstützen die vorwiegend von engagierten Ehrenamtlichen geleistete Forschung und pädagogische Gedenkstättenarbeit für die Opfer des Nationalsozialismus und aus dem Widerstand. Die Gedenkstätten sind wichtige außerschulische Lernorte und sie werden in die Bildungspläne und den

Leitfaden Demokratiebildung einbezogen. Es ist für eine freiheitlich-pluralistische Gesellschaft notwendig, dass Geschichte und Geschichtsbilder von unterschiedlichen Akteuren diskutiert werden, von Wissenschaft, Bürgerschaft, Politik und Bildungswesen. Wie wichtig der freie Diskurs ist, zeigt sich dann, wenn Ressentiments mitschwingen oder gar Verbote – siehe das »Memorial«-Verbot in Russland.

Auch wenn Erinnerungskultur immer im Fluss ist, so sind Gedenktage oder Gedenkanklässe doch eine gute Gelegenheit, für uns alle – und insbesondere die Politik – sich der gemeinsamen demokratischen Grundwerte zu vergewissern, und dies unabhängig von aktuellen politischen Auseinandersetzungen.

Zu den Gedenkstätten existiert eine eigene Homepage, auf der alle Orte mit Ausstellungen und Veranstaltungen genannt, aber auch die Jugend- und Vermittlungsarbeit vorgestellt werden, ebenso wie die (übrigens im Bund einzigartige) Schriftenreihe zur politischen Landeskunde mit inzwischen 54 Bänden. Erwähnen möchte ich unseren Bestseller *Mut bewiesen. Widerstandsbiographien aus dem Südwesten* und auch das Grundlagenwerk *Entrechtet – verfolgt – vernichtet: NS-Geschichte und Erinnerungskultur im deutschen Südwesten*, das zwar vergriffen ist, aber nach wie vor als E-Book kostenlos heruntergeladen werden kann.

Zum zweiten Mal veranstalten wir – SHB und LpB in Kooperation mit weiteren Partnern – Ende April 2022 gemeinsam einen »Heimattag«, anlässlich des Landesjubiläums zur Frage »Wer wir sind! Wer sind wir?« Welche Rolle spielt die baden-württembergische Identität für die LpB?

Ich freue mich über die Kooperation und war schon beim Heimattag im vorletzten Jahr dabei. Es gab dort interessante Perspektiven auf unser Land, das die Vielfalt in der DNA trägt, eine Vielfalt, die in einem kontinuierlichen

Wandel begriffen ist. Das Landesjubiläum ist ein guter Anlass, um über unsere Vorstellungen von Zugehörigkeit zu sprechen und interessant ist dabei auch die Auseinandersetzung mit dem Heimatbegriff. Heimat ist nicht in Stein gemeißelt, Heimat ist etwas Imaginäres, jeder versteht etwas anderes darunter. In der politischen Bildung lässt sich Heimat als ein gemeinsames Projekt interpretieren. Sehr gut hat das der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier formuliert: »Heimat ist das, was wir als Gesellschaft schaffen.« Wir, die wir in diesem Land ein friedliches und freies Zusammenleben gestalten wollen, tun gut daran, uns unserer Zusammengehörigkeit und unserer Gemeinsamkeiten zu vergewissern, über Herkunft und Hintergründe hinweg. Anders werden wir den Transformationsprozess nicht bewältigen, der uns in Zeiten von Globalisierung und Migration und nun auch des Krieges abverlangt wird. Dieser Prozess hat aber auch schöne Seiten: die Begegnung, den Austausch, die Erweiterung des eigenen Horizonts. Heimat braucht auch Impulse, das Neue, das Verstörende. Die Mischung bringt Entwicklungen voran. Diese Fähigkeit, mit Vielfalt umzugehen, ist charakteristisch für Baden-Württemberg. Ein schönes Abbild dieser Vielfalt vermittelt unser neuer Bildband *Menschen. Geschichten.*

Ereignisse, der soeben zum 70. Landesjubiläum erschienen ist und Schlaglichter auf unsere bewegte Alltagsgeschichte seit 1952 wirft.

Diese Begriffe führen mich zu einer persönlichen Frage. Sie haben viele Jahre journalistisch, als Tageszeitungsredakteurin gearbeitet. Wo gibt es Gemeinsamkeiten zwischen politischem Journalismus und politischer Bildung, wo liegen Unterschiede?

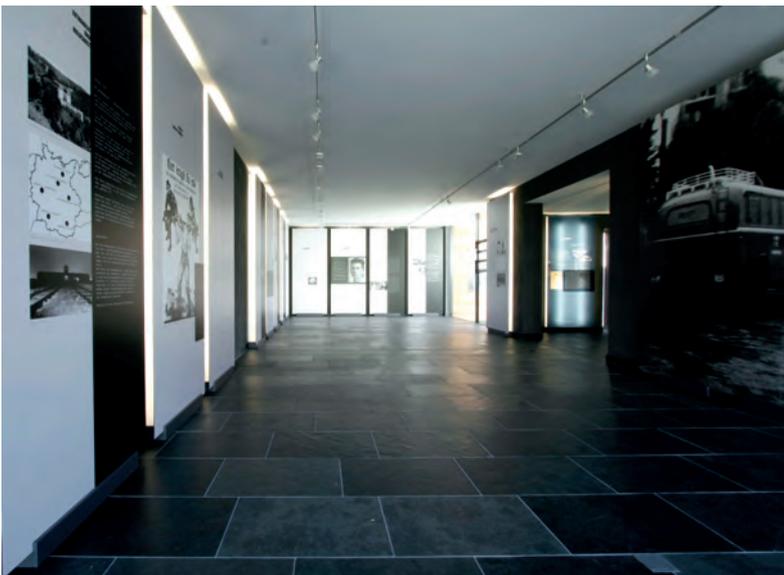
Guter Journalismus sorgt für eine solide Informationsbasis, die Voraussetzung ist, um die Gesellschaft zu gestalten. Er liefert einen wichtigen Beitrag zur Meinungs- und Willensbildung im politischen Kontext, und dies auf der Grundlage von Überparteilichkeit, parteilicher Unabhängigkeit, Staatsferne. Das sind im Grunde die Kernpunkte aus dem »Beutelsbacher Konsens«: Das Überwältigungsverbot – man trennt Nachricht und Kommentar; das Kontroversitätsgebot – man stellt die unterschiedlichen Blickwinkel dar, bei Konflikten auch die jeweils andere Seite, denn Ausgewogenheit ist das Ziel. Und ganz grundsätzlich versteht sich guter Journalismus als vielfaltsorientiert, diskursorientiert, innen- und außenpluralistisch.



Das »Haus auf der Alb« in Bad Urach wurde als Kaufmannserholungsheim entworfen und 1930 eingeweiht. Nach grundlegender Sanierung dient es seit 1992 der Landeszentrale für politische Bildung als Tagungszentrum.



Seit 2005 ergänzt das Dokumentationszentrum die 1990 (und damit erste) eingeweihte Gedenkstätte Grafeneck bei Münsingen, die an die 10.654 Opfer der nationalsozialistischen »Euthanasie«-Verbrechen in Südwestdeutschland erinnert.



Das Buch zur NS-Geschichte und Erinnerungskultur ist bei der LpB kostenlos erhältlich.

Entrechtet – verfolgt – vernichtet

NS-Geschichte und Erinnerungskultur
im deutschen Südwesten

Hrsg. von Peter Steinbach, Thomas Stöckle,
Sibylle Theien und Reinhold Weber







lpb
Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Unterschiede zur politischen Bildung bleiben dennoch: Journalismus spitzt zu, personalisiert Themen, sucht Zugänge, die der Neugier und dem Skandalisierungstrieb entgegenkommen. Außerdem geht es um Schnelligkeit und Aktualität.

Bei der politischen Bildung im staatlichen Auftrag sind wichtige Voraussetzungen für unsere Angebote Seriosität und Verbindlichkeit. Wir arbeiten für Menschen, etwa die Lehrkräfte, die eine hohe Verantwortung in unserer Gesellschaft tragen, entsprechend müssen wir uns ausrichten.

Die Broschüre, die zum 50-jährigen Jubiläum der LpB erschienen ist, trägt den Titel *Für Demokratie werben*. Deshalb zuletzt: Wie macht man das, für Demokratie werben, sieht man Erfolge und: Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Wir vermitteln nicht nur Institutionenkunde, sondern möchten die individuelle Urteilskraft und demokratische Handlungskompetenz stärken.

Dazu gehört das Wissen, wie Demokratie funktioniert, und auch das Wissen, dass sie von Teilhabe lebt und immer weitere Kreise einbezieht – das Inklusionsversprechen der liberalen Demokratie. Allerdings wird nicht freiwillig geteilt, Sklaven mussten sich befreien, Frauen ihre Rechte erkämpfen und auch um die Rechte von Kindern und Jugendlichen, von Migranten und von Menschen mit Behinderung gab und gibt es Debatten.

Demokratie muss immer wieder aufs Neue begriffen und verinnerlicht werden, das ist gewissermaßen ein Dauerauftrag für die politische Bildung und geprägt von den Herausforderungen der Zeit, wie aktuell Hass und Hetze. Wir

greifen aktuelle Themen auf, so auch ganz aktuell die Folgen des Angriffskriegs auf die Ukraine. Die didaktisch-methodische Aufbereitung genau solcher Themen für die Lehrkräfte und Lernsituationen ist eine wichtige Aufgabe, der sich unser Kollegium widmet.

Und meine Wünsche? Eine gute weitere Entwicklung der LpB mit einem starken engagierten Team, das eine hohe Motivation und große Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit Neuem besitzt, dafür bin ich dankbar. Ansonsten: Eine Gesellschaft, der es gelingt, die Gegensätze zu umarmen, um Gemeinsamkeiten im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung leben zu können. Dazu müssen alle immer mal wieder aus der eigenen Komfortzone oder Echokammer heraustreten, andere und anderes an sich heranlassen. Dazu gehört: einander zuhören, zivilisiert zu streiten, also andere Meinungen im Spektrum der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aushalten können und das Forum möglichst groß halten.

Die Fragen stellt Irene Ferchl.

Zum 50-jährigen Bestehen der LpB sind die Broschüre *Für Demokratie werben* und zum Landesjubiläum ein multimedialer Fotoband zur politischen Alltagsgeschichte erschienen. Erhältlich sind sie im Webshop der Landeszentrale unter ww.lpb-bw.de für 3, bzw. 18 Euro zzgl. Versandkosten. Auf der Website findet man alle Publikationen, teilweise zum Download: Bücher, Zeitschriften, aber auch Spiele und diverse Materialien wie Lernmedien und Falblätter sowie natürlich eine Veranstaltungsübersicht.

**BaWü
1952
-2022**

Menschen.
Geschichten.
Ereignisse.

JUBILÄUM 70 Jahre Baden-Württemberg THE LAND
lpb Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Baden-Württemberg in Bildern 1952-2022
lpb

Dieser Band präsentiert anhand von 350 Fotos eine Alltagsgeschichte des Landes Baden-Württemberg. Als visueller Zugang zur jüngsten Landesgeschichte legt er die großen Entwicklungen seit Gründung des Südestaats am 25. April 1952 offen: gesellschaftliche Modernisierung und Liberalisierung, kulturellen Wandel, technischen Fortschritt und grundlegende Demokratisierung.

Menschen.
Geschichten.
Ereignisse.